

FRAKTION BÜRGERLISTE LEVERKUSEN
Kölner Straße 34 • 51379 Leverkusen
Tel. 0214-2027792 • Fax: 0214-2027793
fraktion.buergerliste@versanet-online.de
www.buergerliste.de



Leverkusen, den 13.1.2016

An den Oberbürgermeister der Stadt Leverkusen, die Bezirksvorsteher/in,
Büro des Rates

Bitte setzen Sie nachfolgenden Antrag auf die Tagesordnung der
Bezirksvertretungen sowie die des Rates:

Die Stadt Leverkusen teilt der Bezirksregierung mit, dass sie sich außerstande
sieht, weitere Flüchtlinge aufzunehmen, bevor nicht die Finanzierung dieser
Maßnahmen zweifelsfrei durch Land/Bund geklärt ist, da andernfalls die
Selbstverwaltung unserer Stadt nicht mehr gewährleistet ist.

Begründung:

Auf dem Hintergrund der jetzt kurzfristig sowie ohne Beratung in den
Fraktionen und Fachgremien zur Beschlussfassung anstehenden Verwaltungsvorlagen
und den gerade erst abgeschlossenen Haushaltsplanberatungen, die klar und eindeutig
ein äußerst desolates, ja verheerendes Bild unserer Stadtfinanzen zeigen, kann in
Anbetracht unserer geltenden demokratischen Verfassung von den gewählten
Vertretern unserer Bürgerschaft nicht verlangt werden, dass sie auf die Kommunale
Selbstverwaltung verzichten und Verfassungsgrundsätze - Selbstverwaltung /
Konnexitätsprinzip - widerrechtlich mißachten/aufgeben.

Zumal eine Verfassungsänderung durch Missachtung/Aufgabe ganz sicher nicht
in die Befugnis der örtlichen Gremien, die keine Verfassungsgestaltungsgremien
sind, fällt.

Entweder müssen Land und Bund die Finanzierung der Flüchtlingsprobleme
eindeutig sicherstellen oder die Verfassung ändern.

Solange dies nicht geschehen ist, sind die Bezirks- und Ratsmitglieder per
Verfassung/Gesetz verpflichtet, die Kommunale Selbstverwaltung zu sichern /
zu verteidigen !

Diese Selbstverwaltung ist aber bei einer weiteren exorbitanten Verschuldung - bis 400 Millionen avisierte Kassenkredite neben bereits haushohen Schulden sowie einem Resteigenkapital von nur noch rund 150 Millionen - nicht mehr gewährleistet.

Im Grunde ist sie sogar jetzt bereits - auch mit bzw. wegen der zusätzlichen Stütze des Landes - nicht mehr gegeben.

Die Bezirks- und Ratsgremien würden Verfassungsbruch begehen, indem sie hier nicht endlich im Sinne der Kommunalen Selbstverwaltung „Halt“ rufen!

Günter Schmitz Rainer Jerabek Ulrike Lorenz Barbara Trampenau
Peter Viertel Karl Schweiger E.T. Schoofs

i.A. (Erhard T. Schoofs)